

## Die Entwicklung der soziopolitischen Situation in Belarus

Nach der langjährigen autoritären Stabilität, die durch das kompromisslose Regime des belarussischen Präsidenten Lukaschenka gewährleistet wurde, tritt Belarus in eine neue Etappe seiner postkommunistischen Geschichte ein. Das Auslaufen von großzügigen Energiesubventionen seitens Russlands, die eine Basis für die ökonomische Stabilität des Regimes von Lukaschenka bildeten, beendete die reformfreie Zeit in der belarussischen Geschichte. Die Regierung von Lukaschenka musste nach neuen Lösungen suchen, um die ökonomische und politische Stabilität zu gewährleisten, und zwar auf einem anderen Wege als über die russischen Subventionen, die bislang die unreformierte Planwirtschaft am Leben erhielten. Deshalb befinden sich die belarussische Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sowie die Außenbeziehungen des Staates in einer Transformationsphase. Wenn man aber solche Umstände berücksichtigt wie das wieder auftauchende russische Interesse an engen Beziehungen mit Belarus; Mangel an Willen von Lukaschenka, zu tiefe Reformen aus politischen Gründen zu bewilligen; die Fähigkeit des Regimes, ein neues „soziales Angebot“ der Gesellschaft anzubieten und einige Teile der Opposition zu inkorporieren; eine tiefe innere Krise in der Opposition und der nach wie vor bestehende Mangel an einer kohärenten EU-Politik gegenüber Belarus, so scheint es relativ wahrscheinlich, dass die neue Transformation in eine neue, möglicherweise etwas mildere und freundlichere Form des Autoritarismus umkehren wird und die Aussichten auf eine demokratische Transformation in Belarus vage bleiben.

### NACHWIRKUNGEN DES GASKRIEGES MIT RUSSLAND:

Die Beziehungen mit Russland schienen ein entscheidender Faktor zu sein, der die innere politische Dynamik von Belarus und seiner Außenpolitik bestimmte. Der Wechsel der russischen Politik im Jahre 2006 und der erklärte Übergang zu Beziehungen mit Belarus, die auf der Marktwirtschaft basieren sollen, waren Gründe für die Probleme von Lukaschenka, lösten die Notwendigkeit der Veränderungen aus und boten gleichzeitig der EU eine Chance, sich als ein Akteur zu profilieren. Der Kreml kündigte im April 2006 an, dass die Preise für Erdöl und Gas, welche nach Belarus geliefert werden, auf „europäisches“ Niveau erhöht würden.

In der Praxis könnte das die Abschaffung der Subventionen in Höhe von 10 – 20% des belarussischen jährlichen BIP bedeuten, das Russland für die geopolitische Gefolgschaft Lukaschenkas bezahlte. Die belarussische Regierung setzte sich stark für die Verhinderung der abrupten Preissteigerung ein. Am Vorabend des Jahres 2007 wurde eine Kompromissvereinbarung zwischen der russischen und

belarussischen Regierung unterzeichnet, die eine fünfjährige Gnadenfrist für den Wechsel zu „europäischen“ Energiepreisen voraussah.<sup>1</sup> Gleichzeitig führten die unregulierten Beziehungen im Erdölsektor und der Streit über die so genannte „oil offshore zone“ in Belarus<sup>2</sup> zu einer zehntägigen Blockade der Erdöllieferungen nach Europa. Schließlich stimmte die belarussische Regierung den steigenden Energiepreisen zu und akzeptierte das russische Angebot, nach dem die Subventionen schrittweise eingestellt würden anstatt sie augenblicklich zu streichen. Die steigenden Energiepreise gefährdeten die postsowjetische Konsumgesellschaft, die von Lukaschenka während der unkomplizierten Phase der Beziehungen mit Russland genährt wurde. Da die Gesellschaft die Bemühungen des Regimes um eine Transformation beobachtet, wird die Politik erneut zu einem der öffentlichen Diskussionsthemen. Dank der Verschiebung der von Russland angeforderten Konvergenz der Energiepreise konnte eine ernsthafte Krise in 2007 verhindert werden. Die belarussische Regierung war jedoch gezwungen, neue politische Alternativen zu entwickeln und hat die anhaltende Politik der Reformvermeidung in der Wirtschaft teilweise neu definiert. Beispielsweise war die Regierung im Mai 2007 gezwungen, das weit ausgebaute (gleichzeitig aber auch sehr ineffiziente) System der sozialen Privilegien und Subventionen aufzugeben. Obwohl diese Maßnahme für das Sozialsystem nicht katastrophal war, wirkte sie sich jedoch sehr negativ auf die belarussische Konsumgesellschaft aus. Dadurch ließ die Beliebtheit des Präsidenten langsam nach, was die unabhängigen Meinungsumfragen beweisen.<sup>3</sup> Des Weiteren wurden europäische und russische Investoren zur Privatisierung belarussischer Unternehmen zugelassen. Wichtige Privatisierungsabkommen aus dem Jahr 2007 umfassten den Verkauf von Anteilen des Gasvertriebsnetzwerkes Beltransgaz an Gazprom sowie die Privatisierung des nationalen Handyanbieter Velcom durch Telecom Austria. Die Regierung erhöhte auch die Bargeldressourcen, indem sie einige Anlagen verkaufte und westliche Darlehen für sich gewann.<sup>4</sup>

Diese ad hoc Maßnahmen beseitigten die langfristigen Herausforderungen jedoch nicht, von denen die Stabilität der belarussischen Wirtschaft abhängig ist, die schon unter der sinkenden Wettbewerbsfähigkeit im Industriesektor leidet. Hinzu kommen die Probleme der Regierung, das übermäßig ausgebaute System an Sozialleistungen und die Bemühung um die Aufrechterhaltung der vollständigen

---

<sup>1</sup> In 2006 zahlte Belarus 46 US-Dollar für einen Kubikmeter Gas, im Gegensatz dazu zahlten die europäischen Verbraucher 250 US-Dollar. Dieser Preis wurde auf 100 US-Dollar für 2007 und auf 120 US-Dollar für das erste Quartal 2008 erhöht. Zum selben Zeitpunkt erreichte der „europäische“ Preis ungefähr 350 US-Dollar wegen der steigenden Energiepreise auf den Weltmärkten.

<sup>2</sup> Normalerweise erhebt Russland Exportzoll für Erdöl, das ins Ausland geht, um den beständige Einnahmen in Hartwährung sicherzustellen. Die einheimischen Preise werden auf einem niedrigen Niveau gehalten. Da Belarus das Erdöl für die de facto einheimischen Preise bekam, war die Befreiung vom Exportzoll zugelassen, um Supergewinne durch den Weiterverkauf von Erdölprodukten auf den Weltmärkten zu erzielen. Seit 2007 willigte Belarus in die Zahlung des Exportzolls an Russland ein, der 1/3 der sonstigen Exportzollsätze beträgt.

<sup>3</sup> Siehe die Ergebnisse der Umfrage von IISEPS, <http://www.iiseps.org/trend.html>, evaluiert am 12. Februar 2008.

<sup>4</sup> <http://www.belinstitute.eu/images/stories/documents/blitz20071112debten.pdf>

Erwerbsbeschäftigung. Obwohl jedoch die ökonomische Zukunft von Belarus unsicher bleibt, kann bereits jetzt gesagt werden, dass die Szenarios des jüngsten Gerichts, die von Beobachtern Anfang 2007 verbreitet wurden, sich nicht verwirklichten. Die belarussische Regierung bewies ihre Fähigkeit, die finanziellen Verluste wegen der erhöhten Energiepreise und der veränderten Bedingungen des Handels mit Erdölprodukten zu kompensieren, indem sie einen „Schuld- und Privatisierungscocktail“ anwandte.<sup>5</sup> Es gibt gute Gründe zu glauben, dass derselbe Cocktail bei der Überwindung von finanziellen Verlusten kurzfristig hilft, selbst wenn die Preise für das russische Gas von 119 US Dollar für 1000 m<sup>3</sup>, die Belarus Anfang 2008 zahlte bis hin zu 190-200 US Dollar stiegen, was in den Jahren 2009-2010 der Fall sein könnte. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Sicherheitsfaktoren, die die Regierung nutzen kann, um die Konsequenzen der Gaspreiserhöhung zu lindern, darunter z.B. die inflationäre Steuerpolitik.

Dabei verläuft der Handel zwischen Russland und Belarus allerdings auf speziellen, nicht vom Markt bestimmten Bedingungen, da für etliche belarussische Waren aus staatlichem und aus regionalen Budgets im System der öffentlichen Auftragsvergabe bezahlt wird. Momentan erlaubt dieser Mechanismus der belarussischen Regierung, einen Teil der Belastung für die Preiserhöhung nach Russland zurück zu verschieben. Die Funktionsweise dieses Systems hängt hauptsächlich von politischen Faktoren ab. Nichtsdestotrotz deutet die Renaissance der Rhetorik des „Kalten Krieges“ auf der höchsten Ebene der russischen Führung darauf hin, dass der Kreml mehr Freundlichkeit seinem geopolitischen Partner gegenüber zeigen wird und dass politische Entscheidungen, die die belarussische Wirtschaft ernsthaft behindern könnten, in der kommenden Zukunft nicht zu drohen scheinen.

## **SITUATION IN DER GESELLSCHAFT: DER ABNEHMENDE OPTIMISMUS UND DIE ZUNEHMENDE AKZEPTANZ FÜR POLITISCHE VERÄNDERUNGEN**

Die vorläufigen Probleme in den Beziehungen zwischen Belarus und Russland haben vielleicht das Regime oder die belarussische Wirtschaft nicht erschüttert, aber sie wirkten sich auf die Denkweise der Gesellschaft aus und verbreiteten Angst um die Zukunft, insbesondere als Ende 2007 die Preisinflation stieg.

Die Ende Dezember 2007 vom Unabhängigen Institut für Sozioökonomische und Politische Studien (IISEPS) in Vilnius veröffentlichten Daten zeigten, dass die Unterstützung für die Regierung von Lukaschenka im Jahre 2007 beständig gesunken ist.<sup>6</sup> Das kehrte die Tendenz der vergangenen Jahre um, als das öffentliche Vertrauen in die Regierung in der Zeit zwischen 2002 – 2006 aufgrund der schnellen ökonomischen Expansion und der übereilten Gehaltserhöhung und Sozialleistungen zunahm. Deshalb ist die Zahl derjenigen, die glauben, dass sich der Staat auf dem richtigen Wege befinde, von 55% auf 41% seit dem Jahresbeginn gesunken und die Unterstützung für Lukaschenka selbst fiel von 50% auf 39%.

---

<sup>5</sup> Ibid. Siehe auch die Diskussion über die Gaspreise, <http://www.belinstitute.eu>, in Erscheinung

<sup>6</sup> Siehe die Ergebnisse der Umfrage von IISEPS, <http://www.iiseps.org/trend.html>, evaluiert am 12. 2. 2008.

Dieselbe Meinungsumfrage zeigte den wachsenden Rückgang des Optimismus in der Gesellschaft in Bezug auf die Zukunft: Die Zahl derjenigen, die eine Verschlechterung des Lebensstandards in den nächsten Monaten erwarten ist drastisch gestiegen, und zwar von 11% Ende 2006 auf 28% im Dezember 2007.

Die Daten von ISEPS stehen im Kontrast zu den Daten der Life in Transition Survey, die durch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung 2007 veröffentlicht wurden.<sup>7</sup> Die LIT-Untersuchung zeigte, dass die Belarussen zu einer der am meisten optimistischen Bevölkerungsgruppen in Mitteleuropa und in der ehemaligen Sowjetunion gehören und dass sich ihr Vertrauen in die Zukunft von der allgemeinen Stimmung des Pessimismus und der Unzufriedenheit in vielen anderen postsowjetischen Staaten abzeichnen würde. Die LIT-Untersuchung verzeichnete ebenfalls einen hohen Grad an Akzeptanz für das vorhandene politische und ökonomische System (auf dem Niveau von 70-80% bei allen Altersgruppen).

Der hohe Grad an öffentlicher Akzeptanz und Optimismus für die Regierung Mitte 2006 war das Ergebnis starker ökonomischer Expansion und gut überlegter Politik der Gehaltserhöhung (die in Dollar angegebenen Gehälter sind seit 2003 fast dreifach gestiegen), die durch die Regierung vor den wichtigsten politischen Kampagnen unternommen wurde (d.h. das Verfassungsreferendum in 2004 und die Präsidentschaftswahlen in 2006). Dies garantierte die Machtkontinuität von Lukaschenka im Gegensatz zu einer Reihe von Regierungswechseln in anderen Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Die Möglichkeit einer weiteren Gehaltserhöhung wurde im Jahre 2007 durch die Preissteigerung für das russische Gas und Erdöl ernsthaft untergraben. Darüber hinaus führte die Beschleunigung der Inflation in der zweiten Hälfte 2007, die sowohl durch die höheren Energiepreise als auch die externen wirtschaftlichen Faktoren (wie etwa der abrupte Fall des Dollar, auf den sich der belarussische Rubel stützt) verursacht wurde, zu der seit mehreren Jahren ersten Gehaltssenkung, die im November 2007 offiziell verzeichnetet wurde. Nicht zuletzt trug die Entscheidung der Regierung über die Abschaffung des ineffektiven, aber beliebten Sozialsystems, die am 17. Dezember 2007 in Kraft trat, zur Steigerung der öffentlichen Unzufriedenheit mit der Regierung bei. Im Gegensatz zu Russland, wo ähnliche Maßnahmen Anfang 2005 eingeführt wurden, was dort Massenproteste auslöste, ist das Missfallen der Belarussen nur im privaten Raum zum Ausdruck gekommen.

## **DAS REGIME UND DIE GESELLSCHAFT: EIN NEUER GESELLSCHAFTLICHER VERTRAG?**

Der andauernde Prozess der Umdefinierung des „gesellschaftlichen Vertrages“ zwischen dem Regime und der Gesellschaft beweist die anhaltende innere Transformation des Regimes in Minsk. Die öffentliche Akzeptanz des Regimes von

---

<sup>7</sup> <http://www.ebrd.com/pubs/econo/lits.pdf>

Lukaschenka hing immer von der Fähigkeit der Regierung ab, ausreichende Gehälter, Renten und die Arbeitssicherheit zu gewährleisten und dabei sonstige soziale Verpflichtungen des Staates wie etwa günstige öffentliche Dienstleistungen und das Netz der sozialen Sicherheit aufrechtzuerhalten. Aus Respekt für den so formulierten Vertrag schien die Gesellschaft die Fragen der Demokratie und der Menschenrechtsverletzung zu übersehen. Da aber die Regierung wahrscheinlich das alte System der Sozialleistungen nicht mehr fortsetzen und Privatisierung zulassen wird, suchen die Politiker nach neuen Quellen, die deren Politik legitimieren und dabei soziale Gruppen erreichen wird, die sie in der Zukunft vielleicht nicht mehr aktiv unterstützen werden. Der neue „gesellschaftliche Vertrag“ beinhaltet:

- **Starke Befürwortung der Unabhängigkeit im offiziellen Diskurs.** Die Regierung sieht ein, dass ein Konsens in der belarussischen Gesellschaft in Bezug auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des unabhängigen belarussischen Staates besteht. Deswegen stellt die Regierung den Schutz der Unabhängigkeit als eine ihrer wichtigsten Errungenschaften dar. Solch ein Beiklang war typisch für den offiziellen Diskurs in den letzten Jahren, aber die neue Tendenz, die 2007 deutlich wurde, bedeutete eine partielle Annahme seitens der Regierung des einst zerstörten Diskurses der nationalistischen Opposition (wie zum Beispiel die offizielle Feier des „alternativen“ Unabhängigkeitstages, der durch die Opposition am 25. März abgehalten wird; positive Behandlung der nationalistischen und pro-europäischen „Oppositionsmythologie“ in einigen offiziellen Veröffentlichungen und große Investitionen seitens der Regierung in Sanierung der früher verwahrlosten architektonischen Monumente aus dem Mittelalter, die in den Augen der nationalistischen Opposition ein Beweis für die europäische Vergangenheit von Belarus sind). Auf diese Art und Weise versuchen die Machthaber bei den standfesten Gegnern in der Gesellschaft Anklang zu finden und die moralischen Grundlagen des demokratischen Widerstands zu schwächen.
- **Neue Behandlung der Machteliten.** In den vergangenen fünf Jahren erfuhr Belarus eine negative Entwicklung von einem der makellosesten zu einem der korruptesten Staaten der Welt (laut den Angaben des Transparency International Corruption Perception Index). Obwohl der Rückgang vom 36. auf den 150. Platz auf der Welt auf gewisse Mängel in der Methode der Durchführung von solcher Untersuchung hinweisen könnte, bestätigt die Studie die zunehmende Bedeutung des demonstrativen Konsums in der belarussischen Machtelite: Eine Entwicklung, die Lukaschenka in seinen letzten Jahren zu vermeiden versuchte, als er sich zu einem Einzelkämpfer gegen die habgierige und korrupte Bürokratie profilierte. Die belarussischen Bürokraten profitieren nicht nur aufgrund der höheren Gehälter und schicken Häuser, die sie bereits legal dank privilegierter Kredite bauen können. Sie nutzen auch zugängliche Miet- und Pachtmöglichkeiten, insbesondere wenn die Regierung ein billionenwertes öffentliches Projekt nach dem anderen

genehmigt. Gleichzeitig kommen Korruptionsprozesse gegen die Topbeamten immer seltener vor und Beamte, die gestohlene Güter zurückgeben, werden von Bestrafung verschont. In Wirklichkeit können die führenden Machthaber in Belarus nur mit Zustimmung des Präsidenten strafrechtlich verfolgt werden.

- **Partielle Debürokratisierung und Liberalisierung in der Wirtschaft.** Die Unsicherheit über die Fähigkeit der belarussischen Wirtschaft, die Preissteigerung von 2007 zu überstehen, zwang die Regierung nicht nur zur Abschaffung des Systems der Sozialleistungen, sondern auch zur Umformulierung der allgemeinen Botschaft an die Gesellschaft. Die Versprechungen der Absicherung von der Wiege bis zum Grabe wurden durch Appelle an die Gesellschaft ersetzt, mehr Selbstversorgung und private Initiative zu entwickeln (in seiner Neujahrsrede am 31. Dezember 2007 sagte Lukaschenka den Belarussen, sie sollen nicht mehr mit dem „Weihnachtsmann“<sup>8</sup> der Regierung bei allen ihren Bedürfnissen rechnen). Die Abschaffung von bestimmten sozialen Verpflichtungen wurde durch gewisse Liberalisierung der unternehmerischen Atmosphäre kompensiert. Die Regierung machte bestimmte Schritte in Richtung Debürokratisierung von kleinen Unternehmen, indem sie das so genannte „Einfenstersystem“ für die Eintragung der Firmen, Steuerzahlung, Kontrollen usw. einführte. Als Ergebnis von diesen Maßnahmen bewegte sich Belarus ein paar Punkte weiter in der „Doing Business Survey“<sup>9</sup> der Weltbank, weil der Kosten- und Zeitaufwand bei der Gründung von privaten Firmen reduziert wurde. Neue Mechanismen, die im Januar 2008 verkündet wurden, legten günstigere Steuerbehandlung für kleine Unternehmen in Kleinstädten und Dörfern fest. Gleichzeitig zeigten die drakonischen Regulierungen aus dem Jahre 2007, die gegen die Kleinhändler gerichtet waren, dass die Regierung die potentielle Wettbewerbsfähigkeit der großen staatlich-privaten, von elitenahen Geschäftsleuten überwachten Unternehmen, systematisch zerstört. Die Proteste der Kleinhändler am 10. und 21. Januar 2008 wurden zu politischen Ereignissen. Sie wurden durch die Polizei mit persönlicher Beteiligung des Innenministers brutal vertrieben.
- **Zusammenarbeit mit einigen Gegnern und Bestrafung von anderen.** Ein Teil des traditionellen gesellschaftlichen Vertrages zwischen der Regierung und der Gesellschaft in Belarus besteht darin, dass der Bevölkerung Beschäftigungssicherheit angeboten wird, dabei aber Aussicht auf Arbeit den aktiven politischen Gegnern entzogen wird. Im Allgemeinen wurden die Dissidenten aus dem öffentlichen Raum und aus den Informationsbereichen entfernt. Die Taktikänderung wurde klar seit Ende 2007, als sich Vertreter der Präsidentenverwaltung mit den beliebten belarussischen Rocksängern aus

---

<sup>8</sup> [http://naviny.by/rubrics/politic/2008/01/01/ic\\_news\\_112\\_283186/](http://naviny.by/rubrics/politic/2008/01/01/ic_news_112_283186/)

<sup>9</sup> <http://www.doingbusiness.org/ExploreEconomies/?economyid=19>

solchen Bands wie *Palac*, *NRM*, *Neiro Dubel* und *Krama* trafen. Für diese Bands galt ein Sende- und Auftrittsverbot in 2004, nachdem sie auf einem Treffen der Opposition gespielt hatten und danach mit einem beinahe totalen Auftrittsverbot in Belarus bestraft wurden. Die Beamten boten ihnen die Möglichkeit an, wieder aufzutreten und ausgestrahlt werden zu dürfen, dafür aber mussten die Musiker ihre Verbindungen mit der Opposition einschränken. Die Effizienz dieser Politik wurde sofort erkennbar, da die Musiker mit dem Angebot der Politiker einverstanden waren. Die Vorwürfe des Verrates und der Kollaboration seitens zahlreicher demokratischer Aktivisten in der Opposition riefen weitere Konflikte zwischen den Musikern und deren Publikum hervor, sodass die Künstler ihren Status der moralischen Autorität unter den demokratischen Jugendlichen schnell verloren. Die Taktik der Zusammenarbeit wird auch auf der Graswurzelebene angewandt, da vielen regionalen Aktivisten „normale“ Arbeitsplätze nach Jahren der Arbeitslosigkeit angeboten werden. Im Gegenzug sollen diese ihre Kontakte zur Opposition abbrechen. Gleichzeitig müssen engagierte, kompromisslose Aktivisten, die eine derartige Zusammenarbeit mit dem Regime ablehnen, mit Strafverfolgung rechnen (siehe unten).

Zusammenfassend muss gesagt werden, dass die Umformulierung des gesellschaftlichen Vertrages, der sich im „neuen gesellschaftlichen Vertrag“ widerspiegelt, das Wesen des Regimes von Lukaschenka nicht wesentlich veränderte. Dessen Existenz beweist aber die Absicht, das Zusammenleben mit dem Regime für neue gesellschaftliche Schichten zu vereinfachen. Die Regierung fördert den sozialen Status der bisher ausgeschlossenen und marginalisierten Gruppen, wie z.B. der Stadtbewohner, Befürworter der Unabhängigkeit, Bürokraten, Unternehmer und sogar der Oppositionellen. Neben der besseren Behandlung, die einen Teil der Absicht bildet, droht ein hoher Preis bei Nichteinhaltung der neuen Spielregeln.

## **BEZIEHUNGEN MIT RUSSLAND UND MIT DER EU: AUF DER JAGD NACH ZWEI HASEN ODER AN ZWEI BUSEN SAUGEND?**

Die belarussischen Außenbeziehungen zeigten in 2007 einen beachtenswerten Grad an Synergie zwischen dem, wie die Beziehungen Belarus-Russland und die Beziehungen Belarus-EU funktionieren. Die Versuche, neue Wege zur Sicherung der langfristigen Stabilität des Systems Anfang 2007 zu finden, öffneten den Verhandlungsprozess mit dem Westen. Die Worte von Lukaschenka im Februar 2007, dass er die unterstützende Rolle der EU und der Vereinigten Staaten im Erdöl- und Gaskonflikt mit Russland „nie vergessen werde“<sup>10</sup>, schienen ein Zeichen der Aufwärmung in den gegenseitigen Beziehungen zu sein. Lukaschenka ließ jedoch schnell keinen Zweifel darüber entstehen, dass es zu keiner Liberalisierung komme,

---

<sup>10</sup> [http://naviny.by/rubrics/society/2005/05/05/ic\\_news\\_116\\_243423/](http://naviny.by/rubrics/society/2005/05/05/ic_news_116_243423/)

obwohl die politische Unterdrückung in der ersten Hälfte 2007 etwas nachließ (als einige politische Gefangene befreit wurden und man friedliche Proteste der Opposition erlaubte). Einige Gründe der politischen Liberalisierung hingen mit dem erfolglosen Versuch der Machthaber in Minsk zusammen, den Ausschluss vom Generalized System of Preferences (GSP) der EU zu vermeiden. Die Konsequenzen davon schienen anfangs viel drastischer zu sein, als dies in Wirklichkeit der Fall war.<sup>11</sup> Allerdings zeigte Lukaschenka nach wie vor seine feste Überzeugung, dass es zu keinen großen politischen Reformen kommen würde und als die GSP-Aufhebung am 21. Juni 2007 in Kraft trat, schwanden die Aussichten auf eine Normalisierung der Beziehungen mit dem Westen, die lediglich durch neue Konflikte zwischen Minsk und Gazprom aufrechterhalten wurden (wie zum Beispiel die Drohung im August 2007, die Energielieferungen nach Belarus wegen Nichtzahlung der Schulden einzustellen).

Die Grundlage der EU-Politik gegenüber Belarus bildete ein „non-paper“ Dokument mit dem Titel „What the European Union Could Bring To Belarus“ veröffentlicht von der EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner am 22. November 2006.<sup>12</sup> Das Dokument legt zwölf Sonderbedingungen für die belarussische Regierung fest, die den Weg zur Normalisierung der Beziehungen und einer engeren Zusammenarbeit im ökonomischen, politischen und humanitären Bereich öffnen könnten. Das Dokument war ein Teil des langfristigen Bedingtheitsansatzes der EU gegenüber Belarus, der seit 1996 aus zwei Gründen scheiterte: Das Zuckerbrot, das seitens der EU der belarussischen Regierung angeboten wurde, war nicht so wichtig wie die Vorteile, die absolute Kontrolle zu Hause zu bewahren. Und die EU hatte kaum eine Peitsche, ihre Politik umzusetzen.

Das Ende des Versuches, einen Einfluss auf die Regierung in Minsk mittels GSP auszuüben und das zunehmende Vertrauen Ende 2007 darin, dass die steigenden Energiepreise die belarussische Wirtschaft nicht ernsthaft bedrohen würden, führte dazu, dass Minsk an einer Normalisierung der Beziehungen mit Brüssel immer weniger interessiert war. Dagegen bemühte sich die EU (insbesondere die größten Staaten der EU wie Deutschland oder Frankreich) verzweifelt darum, Wege der Kooperation mit Lukaschenka zu finden, selbst wenn dabei die offizielle Haltung der EU, die in dem „non-paper“ Dokument zum Ausdruck gebracht wurde, missachtet worden wäre.

Die Chancen auf die Entwicklung von konstruktiven und gleichzeitig prinzipientreuen Kontakten zwischen Brüssel und Minsk wurden im Dezember 2007 durch ein neues Spiel des Kremls gegenüber Belarus zerstört. Während des offiziellen Besuches des Präsidenten Putin in Minsk am 14.-15. Dezember 2007 willigte Russland in ein Stabilisierungsdarlehen für Belarus in Höhe von 1.5 Billionen US-Dollar ein, das

---

<sup>11</sup> [http://www.belinstitute.eu/images/stories/documents/biss\\_gsp\\_eng.pdf](http://www.belinstitute.eu/images/stories/documents/biss_gsp_eng.pdf)

<sup>12</sup> [http://ec.europa.eu/external\\_relations/belarus/intro/non\\_paper\\_1106.pdf](http://ec.europa.eu/external_relations/belarus/intro/non_paper_1106.pdf)

bisher konsequent verweigert wurde. Das auf wesentlichen Vorzugsbedingungen angebotene Darlehen wurde im Allgemeinen als eine Strategie der russischen Führung interpretiert, dank der Anreize für Minsk geschaffen werden, damit nach weiteren Alternativen des geopolitischen und ökonomischen Sponsoring nicht gesucht werden müsse.<sup>13</sup> Wahrscheinlich spiegelte das auch die für die russische Führung unerwarteten Ergebnisse des ökonomischen Drucks im Jahre 2007 wider. Statt des „freiwilligen Verzichtes“ auf die belarussische Unabhängigkeit, trug die Herausforderung der Preissteigerung zu einem geopolitischen Tanz der belarussischen Machthaber bei und aktivierte im gewissen Sinne den Staatsbildungsprozess in Belarus.

Die „Aufwärmung“ der Beziehungen zwischen Russland und Belarus nach einem Jahr von Kontroversen kann besser durch einen globalen Kontext erklärt werden: Da der Kreml durch die westliche „Einmischung“ verärgert wurde, zu der es seiner Meinung nach gekommen sei, hebt er auf der anderen Seite seine strategische Präsenz westlich von Moskau hervor. Nach der Verkündung der Pläne über die Errichtung des US-Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien und nach Putins Warnungen, dass es zu einem „neuen Rüstungswettlauf“ zwischen Russland und dem Westen komme, deutete die russische Opposition an, dass Belarus ein wichtiger Faktor in den Plänen des Kreml für eine neue Konfrontation mit dem Westen sei. Präsident Lukaschenka nutzte seine Chance im Dezember 2007, als er seine volle Kooperation mit Russland anbot, um sich dem US AMD-System in Mitteleuropa entgegenzusetzen.

Das neue Stabilisierungsdarlehen und die Versprechung eines weiteren Darlehens in Höhe von zwei Billionen US-Dollar Mitte 2008 scheinen der Grund dafür zu sein, warum die Machthaber in Minsk ihre letzte Motivation zur Zusammenarbeit mit der EU verloren haben. Ende 2007 und Anfang 2008 wurden die Regierungsgegner streng bestraft, was für die „heiße“ politische Periode in 2006 charakteristisch war, als lange Gefängnisstrafen verhängt wurden, um die Opposition vor und nach den Präsidentenwahlen einzuschüchtern. Beispielsweise bekam ein Aktivist der Jugendbewegung, Artur Finkewitsch, zusätzliche 1,5 Jahren Gefängnisstrafe wegen des Missbrauchs der inneren Regeln des Arbeitslagers, das er bald verlassen sollte (sein Kollege, Zmicier Daschkewisch, der wegen der Leitung einer nicht eingetragenen Organisation 1,5 Jahre im Gefängnis verbrachte, bekam lediglich eine Geldstrafe in Höhe von 500 US-Dollar wegen einer viel ernsthafteren Straftat, und zwar wegen Verweigerung gegen die strafrechtlich verfolgten Kollegen als Zeuge auszusagen).

Der auffälligste Akt der Unterdrückung war die Verurteilung des Journalisten Alexander Sdvizhkov zu einer dreijährigen Haftstrafe für den Abdruck der berühmten Mohammed-Cartoons in 2006 (Sdvizhkov wurde im November 2007 festgenommen).

---

<sup>13</sup> <http://www.belinstitute.eu/images/stories/documents/blitz20071217belrus.pdf>

Allerdings kam es in den Beziehungen zwischen Belarus und der EU zu einer überraschenden Wende Ende Januar 2008, als sich Präsident Lukaschenka mit dem deutschen Botschafter, Gebhardt Weiss, am 31. Januar 2008 traf. Viele Beobachter staunten über dieses Treffen, denn viele von ihnen glaubten, dass dies ein Zeichen seitens Deutschland war (und im weiteren Sinne – seitens der großen Staaten in der EU), den in der EU vereinbarten Kurs gegenüber Belarus aufzugeben und unilaterale Schritte Richtung einer möglichen Zusammenarbeit mit Minsk zu unternehmen. Die Wahrscheinlichkeit dieser Theorie wurde noch durch die Befürwortung der Diplomatie von Weiss seitens des französischen Botschafters in Minsk verstärkt. Dabei muss betont werden, dass beide Staaten starke ökonomische Interessen in Belarus haben (beispielsweise hofft Frankreich statt Russland zum Hauptanbieter in dem letztens durch Belarus angekündigten Vorhaben eines Atomkraftwerkbaus zu werden). Die Tatsache, dass die politischen Gefangenen, darunter Daschkewisch und Finkewitsch, ein paar Tage später frei gelassen wurden, zeigt, dass Minsk ein „Teile und Herrsche“ Spiel mit der EU betreibt und dabei versucht, den „versorgenden“ Ansatz Deutschlands zu fördern. Es gibt keine Anzeichen, dass diese vereinzelt Freilassungen von politischen Gefangenen ein Teil der umfassenden politischen Liberalisierung sind. Die belarussische Regierung unternimmt solche Schritte für die EU, diese müssen aber in Zukunft zurückbezahlt werden. Des Weiteren fürchten viele Vertreter der Opposition, dass solche Kontakte die Machthaber in Minsk dazu anregen werden, die Gefängnisse vor Verhandlungen mit Brüssel noch einmal zu füllen, um so Liberalisierung der politischen Situation zu demonstrieren. Wenn sich diese Theorie bewahrheitet, kann geschlossen werden, dass der Bedingtheitsansatz der EU nicht nur an der Bestrafung für die Intensivierung der politischen Unterdrückung in Belarus scheitert, sondern ironischerweise sie noch begünstigen wird, denn die EU und ihre Mitglieder dürfen nicht zwischen einem prinzipientreuen und pragmatischen Ansatz wählen.

Gleichzeitig könnte der neue Versuch von Lukaschenka, Ende Januar / Anfang Februar 2008 mit der EU Kontakt aufzunehmen, ein Zeichen dafür sein, dass der Kreml Lukaschenka dazu zwingt, die ökonomischen Vorteile der Durchführung eines Referendums über den endgültigen Zusammenschluss von beiden Staaten zurückzuzahlen. Diese Theorie wird durch die Veröffentlichung der Ergebnisse einer Meinungsumfrage durch die belarussische Regierung unterstützt, die ein extrem niedriges Niveau an öffentlicher Unterstützung der Russisch-Belarussischen Union zeigen. Auf die für Lukaschenka typische Art und Weise liebäugelt er schon wieder mit dem Westen und gleichzeitig möchte er aber jegliche Versuche seitens Moskau abwenden, striktere Bedingungen aufzuerlegen, von denen die politische und wirtschaftliche Unterstützung des Kreml abhängen könnte.

Die Tatsache, dass Lukaschenka nach einer Reihe der Ankündigungen durch den Kreml und Gazprom darüber, dass die Einführung der „Marktära“ in den russisch-belarussischen Beziehungen unvermeidlich war, immer noch dieses Spiel mit Russland (und der EU) spielen konnte, zeigt, dass der Energiekonflikt daran scheiterte, die Grundsätze der russischen Politik gegenüber Belarus fundamental zu

verändern. In der Tat ist die Fähigkeit Lukaschenkas, Moskau andauernd zu besiegen, durch die Unfähigkeit des Kreml programmiert, eins der zwei sich gegenseitig ausschließenden politischen Ziele zu wählen. Stattdessen versucht Moskau, diese gleichzeitig zu erreichen. Die Erhöhung der Energiepreise Anfang 2007 spiegelte den Versuch Russlands wider, den Preis für die geopolitische Hegemonie Belarus` zu reduzieren. Ironischerweise kann dieser Preis nicht reduziert werden, ohne dabei seine eigene Hegemonie zu reduzieren und seine Einwilligung in den entfesselnden Prozess der Staatsbildung und Selbstbestimmung zu geben, der durch die Russland-Belarus-Union eingefroren wurde. Diese „Jagd nach zwei Hasen“ vergewissert Lukaschenka darin, dass keine Politik des Kreml langfristig anhalten und es zu keinem ernsthaften Versuch aus Moskau komme werde, seine Autorität zu untergraben. Gleichzeitig benutzt er die EU als Schreckensfaktor in seinen Verhandlungen mit dem Kreml, um bessere Bedingungen der geopolitischen und ökonomischen Protektion zu gewinnen. Deshalb sind die Beziehungen zwischen Belarus und der EU eine bloße Funktion der Höhen und Tiefen der Verhandlungen zwischen Lukaschenka und dem Kreml. Und sie werden sich nicht ändern, solange der „Bedingtheitsansatz“ der EU gegenüber den Machthabern in Minsk bestehen bleibt.

## **DIE OPPOSITION: DIESELBE ALTE**

Nach einem beeindruckenden Auftritt und einem beachtenswerten Beweis für Ausdauer und Entschlossenheit während der Präsidentenwahlen im Jahr 2006 befindet sich die belarussische Opposition zur Zeit in einer Krise, weil sie die innere Einheit kaum erhalten kann und anscheinend die Fähigkeit verloren hat, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit an sich ziehen zu können.

Die eindrucksvolle Leistung während der Präsidentenwahlen 2006 verleugnet nicht die Tatsache , dass sie in jenem Jahr eine verheerende Niederlage erlitt. Der Stimmenanteil von den beiden Oppositionskandidaten, Alexander Milinkewitsch und Alexander Kasulin, war niedriger als der Stimmenanteil, den 2001 der Oppositionskandidat Uladzimir Hancharyk allein bekam.

Trotzdem schien die Opposition 2006 in einer deutlich besseren Form zu sein, als dies vor bzw. nach den Wahlen der Fall war.

Die Gründung des Wahlbündnisses der Vereinigten Demokratischen Kräften (VDK) 2005 und Aufstellung von Alexander Milinkewitsch als gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Präsidenten bewies zunehmende Reife der Opposition und ihre Fähigkeit, verantwortlich zu handeln.

Die Popularität von Milinkewitsch unter den demokratischen Basisaktivisten war besonders wichtig, damit auf der Graswurzelebene Anregung für die Wahlen trotz der massiven Welle von staatlichen Bedrohungen, Einschüchterungen und Repressionen geweckt würde.

Der Schlüssel zu Milinkewitschs Erfolg unter den Aktivisten waren seine Wurzeln in der Zivilgesellschaft: Da über 90% der Basisaktivisten keiner politischen Partei angehörten, bevorzugten sie Milinkewitsch gegenüber den altgedienten Parteiführern, von denen jeder eine lange Geschichte der Fehler hinter sich hatte.

Darüber hinaus stand der zweite Oppositionskandidat Alexander Kasulin, der sich weigerte, den VDK beizutreten, mit Milinkewitsch nicht in Konkurrenz. Während der Wahlen spielte Kasulin vielmehr eine fördernde Rolle für die Hauptopposition, indem er die Wahlkreise zu erreichen versuchte, mit denen die Opposition traditionellerweise kaum Kontakt aufnehmen konnte.

Das Wichtigste dabei ist, dass der während der Wahlkampagne 2006 spektakulärste Akt des demokratischen Widerstands – die Straßenproteste und das Zeltlager auf dem Oktoberplatz in Minsk – kaum etwas mit den politischen Parteien oder der institutionalisierten Opposition zu tun hatten. Die Proteste nach den Wahlen wurden von Jugendlichen angestoßen, die sich vor allem von der Frage der Ehre und nicht dem Zeck inspirieren ließen. Da die Unruhen auf den Straßen eine von zivilgesellschaftlichen Gruppen veranstaltete Initiative waren, wurden die Oppositionsführer entweder von der Bühne aufgrund von präventiven Verhaftungen beseitigt, oder sie zeigten ein bemerkenswertes Ausmaß des Zögerns, als sie der „unerwarteten“ Menschenmenge und dem Zeltlager gegenüberstanden. Gleichwohl gelang es ihnen, ein politisches Kapital aus den Unruhen von Jugendlichen zu schlagen, das sie über eine gewisse Zeit nach den Märzahlen nutzen konnten.

Ein informelles, zivilgesellschaftliches Netzwerk, das nach den Wahlen auftauchte, versuchte auch später seine Tätigkeiten fortzusetzen. Es zerfiel jedoch schnell, weil die Aktivisten durch die für sie unverständlichen internen Kämpfen verbittert wurden. Ein weiterer Grund dafür war, dass einfach viele von ihnen der alltäglichen Arbeit weiter nachgehen mussten, während sich die anderen für Auswanderung entschieden (die Auswanderungsmöglichkeiten wurden in der Zeit nach den Präsidentenwahlen sehr großzügig durch die europäischen Regierungen angeboten: zum Beispiel durch Stipendienangebote im Ausland). Nur ein sehr geringer Anteil der 2006 zu Politik hingezogenen Menschen setzte irgendeine Art des politischen Aktivismus fort.

Fast unmittelbar danach geriet die politische Opposition, als ihre Anführer aus dem Gefängnis im März-April 2006 freigelassen wurden. Das nächste Jahr wurde vorwiegend mit Diskussionen verbracht, wie die oppositionelle Koalition geführt werden solle. Die Debatten und Unstimmigkeiten entlarvten schnell eine zunehmende Konfrontation zwischen dem VDK-Anführer Milinkewitsch und den Parteiführern, die sich für Stammeltern seines politischen Erfolgs betrachteten und immer mehr darum besorgt waren, dass Milinkewitschs Führungsposition deren Rang überschatten würde. Nach den Wahlen stellten die Parteiführer im Rat der VDK fest, dass das Mandat von Milinkewitsch als Führungsposition ungültig sei und sprachen sich für die Einsetzung eines Einzelkandidaten durch die Institution der Co-Vorsitzenden aus. Indessen argumentierte Milinkewitsch, dass die Opposition einen starken Anführer brauche, der die Verantwortung für ihre Erfolge und Niederlagen tragen würde.

Letztendlich wurde die Sache vor den neuen Kongress der demokratischen Kräfte, der am 27.-28. Mai 2007 tagte, gebracht. Milinkewitsch gelang es zwar, den

Kongress (der ursprünglich für den Winter geplant war) zu verschieben, jedoch nicht, ihn zu verhindern. Seine zivilgesellschaftlichen Wurzeln, die für seinen Erfolg während der Wahlkampagne so förderlich waren, verurteilten ihn jedoch zum Scheitern beim Kongress, wo die Regeln der Anordnung auf solche Art und Weise geändert wurden, dass sie politischen Parteien einen Vorsprung gewährten. Infolgedessen bestätigte der Kongress die Änderungen in der Führungsstruktur und wählte vier Vorsitzende der VDK. Milinkewitsch lehnte dies ab, die fünfte, für ihn reservierte Position zu übernehmen. Stattdessen entschied er sich für die Gründung und Führung einer Bewegung „Für Freiheit!“, was er bereits am 25. März 2006 während der letzten Demonstration nach den Wahlen in Minsk ankündigte. Die Bewegung 'Für Freiheit!', die ursprünglich als eine Art Dachorganisation für die Angliederung und möglicherweise Ersetzung aller anderen oppositionellen Parteien geplant wurde, verwandelte sich in der Tat in eine nächste, um den niedergeschlagenen Oppositionsführer versammelte Gruppe der Parteigenossen.

Sowohl seine Befürworter als auch Gegner nannten dieselben Gründe für seinen Niedergang; Milinkewitsch solle unfähig sein, einen kohärenten Aktionsplan für die Opposition anbieten zu können um in Wirklichkeit eine realistische politische Agenda zusammen mit einem realistischen Vereinigungsmechanismus durchsetzen zu können. In der Tat verbrachte Milinkewitsch viel mehr Zeit mit Auslandsreisen und Annahmen von prestigeträchtigen Preisen, statt seine Aufmerksamkeit der Situation im Lande zu widmen. Nichtsdestotrotz waren die Argumente seiner Gegner sogar noch schwächer. Manche Kongressakteure behaupteten, die Änderungen in der Führungsstruktur seien Notwendigkeit, damit die Opposition einen frischen Lebensatem bekomme. Diese Aussagen widersprachen offensichtlich der Tatsache, dass die „kollektive Ersetzung“ von Milinkewitsch aus altgedienten Parteiführern bestand, die mehr Zeit als nötig hatten, um mit gewisser Glaubwürdigkeit für eigene Machtaspirationen zu sorgen – und dabei immer wieder scheiterten.<sup>14</sup>

Milinkewitsch verhinderte zusammen mit dem Rest der VDK eine völlige Spaltung, aber die Beziehungen zwischen den beiden Gruppen blieben gespannt. Beispielsweise führten etliche politische Parteien der VDK eine Säuberungspolitik der neuen Mitglieder der Bewegung „Für Freiheit!“ ein (und dies obwohl ein Vertreter von Milinkewitsch, Yury Hubarevich, weiter als stellvertretender Vorsitzende in einer der größten Oppositionsparteien, der Belarussischen Volksfront, tätig ist). Die Bissigkeit zwischen den beiden Gruppen lässt sich teilweise durch eine sonderliche Einflussverteilung in dem Oppositionslager erklären.

Tatsächlich könnten die stärksten NGOs, die ein Teil der belarussischen Opposition sind, eine einflussreichere Rolle als die politischen Parteien haben. Da ein konkurrenzorientierter, politischer Prozess fehlt, lassen sich politische Parteien selbst oft kaum von den NGOs unterscheiden. Die Konfrontation über den Einfluss und Ressourcen zwischen den Parteien und den zivilgesellschaftlichen Gruppen gehört für die belarussische Oppositionspolitik seit über einem Jahrzehnt zur

---

<sup>14</sup> <http://www.belinstitute.eu/images/stories/documents/congresseng1.pdf>

Tradition. Darüber hinaus schaffen es die politischen Parteien in Belarus nicht, sich auf den allgemeinen „Dissidenten-Kontext“ zu beziehen. Deswegen können sie für die jüngere Generation der belarussischen Opposition, die an Bedeutung mit Hilfe der NGOs gewann und in Milinkewitsch ihren Anführer sah, kaum attraktiv sein. Der Konflikt zwischen der „neuen“ and „alten“ Generation (und gleichzeitig zwischen den politischen Parteien und den NGOs) war während der Führungskämpfe in der Belarussischen Volksfront im Dezember 2007 bedeutend, als ein Genosse von Milinkewitsch, Ales Mikhalevich, für die Parteiführung gegen einen altgedienten Vorsitzenden der BVF, Vincuk Viachorka, kämpfte. Da sie sich gegenseitig blockierten, musste ein Kompromisskandidat gefunden werden.

Der Krise in der VDK-Führung zufolge spiegelt auch der Konflikt in der Opposition eine Konfrontation wider, die zwischen einem nationalen und pro-europäischen, um Milinkewitsch versammelten Teil der Opposition und einer pro-russischen Fraktion, die angeblich die VDK übernahm, stattfindet.

Solch eine Teilung mag auch nicht vollkommen gültig sein, weil die nationalistischen, von der BVF repräsentierten Kräfte, ein Teil der kollektiven Führung in den VDK sind. Nichtsdestoweniger übernahm die pro-russische Gruppe, an deren Spitze der Parteivorsitzende der Belarussischen Kommunistischen Partei Sergej Kaljakin steht, eine weit einflussreichere Rolle in der Opposition als je zuvor ein.

Die Opponenten behaupten steif und fest, dass der Einfluss von Kaljakin sowie seine tatsächliche Kontrolle über den VDK-Rat durch eine Reihe kleinerer, von ihm unterstützter Linksparteien das Ergebnis von einer neuen Strategie des Kreml gegenüber der belarussischen Opposition waren. Diese wurde von Sergej Karaganov, einem der führenden politischen Strategen Russlands, im Februar 2007 verkündet. Das Engagement bestimmter Kreise des Kremls in den VDK und seine Unterstützung für Kaljakin können einigermaßen durch den Unwillen der VDK bestätigt werden, ihre außenpolitische Agenda öffentlich bekannt zu machen, auch wenn alle Koalitionsmitglieder bis auf die Kommunisten den pro-europäischen Weg für Belarus befürworten.

Die zunehmende Rolle der pro-russischen und linksorientierten Elemente in der Opposition wurde 2007 öffentlich durch mehrere Print- und Online-Medien verteidigt, die für ihre Förderung durch Moskau bekannt sind.<sup>15</sup> Das Argument lautet dabei, dass die pro-Moskauer und linksgerichtete Agenda eine bessere Anerkennung in der belarussischen Gesellschaft als ein pro-europäischer Nationalismus von Milinkewitsch finden würden. Die zwei Demonstrationen der Opposition im Herbst 2007 bestätigten allerdings, dass die beiden Oppositionsfraktionen dasselbe Problem haben: die öffentliche Apathie und Politikmüdigkeit bekämpfen zu müssen. Der europäische Marsch, der am 14. Oktober stattfand und Milinkewitsch als Hauptsprecher bot, versammelte nur 2.500 Teilnehmer. Der soziale Marsch, der am 4. November unter den Parolen der Opposition über die Verkürzung der sozialen

---

<sup>15</sup> Dies umfasst die populärste politische Internetressource „Belarusian Partisan“ ([www.belaruspartisan.org](http://www.belaruspartisan.org)), die von einem ehemaligen Nachrichtenmoderator des russischen öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders und gebürtigen Belarussen, Pavel Sheremet, geleitet wird.

Privilegien organisiert wurde, zog noch weniger Menschen an und wurde generell als eine persönliche Niederlage von Kaljakin betrachtet.

Nicht zuletzt spiegelt die Konfrontation zwischen Milinkewitsch und dem Rest der VDK auch eine Verwirrung in der Gemeinschaft, die die Demokratie fördert, wider. Jede effektive politische Koalition benötigt in Belarus eine Koalition der Spender. Dies ist kaum ein Geheimnis in den Kreisen der belarussischen Oppositionspolitik und beide Seiten haben eigene Befürworter in den Förderinstitutionen, deren Arbeitsschwerpunkte sich entsprechend auf die politischen Parteien bzw. zivilgesellschaftliche Gruppen konzentrierten.

Die beiden Fraktionen der neuen politischen Teilung in der Opposition verbrachten in letzter Zeit viel mehr Zeit mit Streit um die Führung und die Geopolitik, als an der Organisation der Basis. Deswegen nähert sich die Opposition den für den 28. September 2008 geplanten Parlamentswahlen ohne einen klaren Plan, wie und wozu sie die Kampagne nutzen wird. Da sich die Bewegung „Für Freiheit!“ entscheidet, keine eigenen Kandidaten außer der VDK aufzustellen, stellt die Spaltung in der Opposition keine Gefahr dar. Dennoch bleibt es unklar, wie Lukaschenkas Gegner das von den Behörden ausgearbeitete Wahlszenario ändern und es in eine politische Kampagne umwandeln werden. Die in den 110 separaten Wahlkreisen durchgeführten Parlamentswahlen sind für die Beteiligten eine klare Abschreckung gegen die Erhebung von „nationalen“ Fragen. Sie scheinen sich auch in einen inszenierten Wettbewerb zwischen den regionalen Machtgruppen zu verwandeln. Da das Parlament in Belarus nahezu machtlos ist, sollte sich die Opposition vielleicht weniger darauf konzentrieren, wie viele Sitze, wenn überhaupt welche, sie von der Regierung erhalten könnte. Stattdessen sollte sie viel mehr angehalten sein, die Atmosphäre in der Gesellschaft im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2010 zu elektrisieren, weil diese Wahlen ein Brennpunkt für die demokratischen Aktivisten sein werden.

**Vitali Silitski**  
Februar 2008